



Nr. 35-36
Der epd Ö berichtet über:

2. September 2020

Evangelische Kirche verurteilt Angriff auf Grazer IKG-Präsidenten Rosen –
Chalupka: „Schändlich und zu verurteilen“ – Hennefeld: „Stimmt mich traurig“ –
Rehner: „Geschwister im Glauben“3

Tirol: Kirchenvertreter betonen Verbundenheit mit Jüdinnen und Juden –
„Anfängen des Antisemitismus wachsamer entgetreten“4

Grazer Kreuzkirche von Unbekannten beschmiert –
Betroffenheit in Gemeinde über „Respektlosigkeit“5

VEPPÖ-Obmann Schumann fordert „Lebbarkeit des PfarrerInnenbildes“ –
Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Schlüsselpunkt6

Schöpfungszeit: Umweltbeauftragte fordern ökologische Trendwende –
Zahlreiche Veranstaltungen von 1. September bis 4. Oktober.....7

Sozialhilfe: Diakonie nimmt Bund und Länder in die Pflicht –
Beschwerde vor Verfassungsgerichtshof8

Diakonie warnt vor „Chancetod“ für armutsgefährdete Kinder –
Schenk: „Die Krise zeigt, wie wichtig jetzt eine gute Mindestsicherung wäre“9

Schnizlein: „Verzeihen ist die Quintessenz des christlichen Glaubens“ –
Polnischer Film „Corpus Christi“ hinterfragt Verbrechen und Strafe10

Bilanz nach drei Jahren: 134.000 Tafeln Kindernothilfe-Schokoladen verkauft –
Erlös geht an Projekt für Kinderarbeiter in Peru11

Kurznachrichten12

Veranstaltungskalender.....12

Corona: Weltkirchenrat und Vatikan rufen zu Solidarität auf13

Bischof Meister: Sterbehilfe in kirchlichen Einrichtungen denkbar13

„I have a dream“-Jahrestag: Tausende demonstrieren in Washington13

Im Bild14



Österreich

Evangelische Kirche verurteilt Angriff auf Grazer IKG-Präsidenten Rosen

Chalupka: „Schändlich und zu verurteilen“ – Hennefeld: „Stimmt mich traurig“ – Rehner: „Geschwister im Glauben“

Graz, 2. September 2020 (epdÖ) Nach dem Angriff auf den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz Elie Rosen am Samstag, 22. August, zeigt sich der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka bestürzt. Gegenüber dem Evangelischen Pressedienst sagte Chalupka, der Angriff sei „schändlich und zu verurteilen“, ebenso wie die Vandalenakte auf die Synagoge der steirischen Landeshauptstadt in den Tagen zuvor. „Elie Rosen gilt unser Mitgefühl und die Solidarität der Evangelischen Kirchen. Judenhass und Antisemitismus dürfen in Österreich keinen Platz haben.“ Es könne nicht sein, dass Jüdinnen und Juden Angst haben müssen, in Österreich auf die Straße zu gehen.

Mit Betroffenheit reagierte auch der evangelisch-reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld auf den Angriff. Es sei „schrecklich genug“, dass die Synagoge und das Gemeindehaus in den Tagen zuvor attackiert worden seien – „der physische Angriff auf den Präsidenten der IKG Graz ist aber noch einmal etwas anderes. Ich verurteile diese antisemitische Untat aufs Schärfste“, schrieb Hennefeld in einer Aussendung vom Abend des 22. August. Sein Mitgefühl und seine Solidarität gelten Rosen und der jüdischen Gemeinde in Graz. „Es stimmt mich besonders traurig, dass sich dieser Vorfall gerade in Graz ereignet hat, in der Stadt, in der es seit vielen Jahren ein gutes und konstruktives Klima zwischen den Religionsgemeinschaften gibt.“ Die politisch Verantwortlichen sollten alles dazu tun, „dass sich Jüdinnen und Juden in unserem Land sicher fühlen können“.

Auch die Vertreter der Evangelischen Kirche Steiermark zeigen sich tief betroffen. Superintendent Wolfgang Rehner schloss sich der Solidaritätsbekundung von Bischof Michael Chalupka und dessen Verurteilung von Übergriffen, Gewalt und Vandalismus an, betonte aber gleichzeitig: „Als Evangelische Kirche betrachten wir die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde mit ihrem Präsidenten als ältere Geschwister im Glauben. Was sie verletzt, schmerzt uns. Gemeinsam wissen wir uns in Gottes Obhut. Und wir bleiben im Gespräch, damit Graz als Stadt des Interreligiösen Dialogs und der Menschenrechte erkennbar bleibt.“

Axmann fordert breite Diskussion über Ursachen des aktuellen Antisemitismus

Der steirische Superintendentialkurator Michael Axmann forderte, dass nun nicht zur Tagesordnung übergegangen werden könne: „Es ist eine breite öffentliche und gesellschaftliche Diskussion über die Ursachen des aktuellen Antisemitismus erforderlich und vor allem darüber, was nun dagegen getan werden muss.“ Eine Informations- und Bildungsoffensive sollte,

so Axmann, einen positiven Zugang zur jüdischen Religion, Kultur und Leben schaffen und dem Antisemitismus den Boden entziehen. Axmann: „Die Religionsvielfalt kann nur eine Bereicherung in der Gesellschaft sein.“

In einem Brief an Rosen sprachen auch Pfarrer Matthias Weigold und Kurator Heinz Schubert von der Grazer Heilandskirche ihr Mitgefühl aus. „Als Evangelische Kirche sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung, Juden Hass und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Es ist uns bewusst, dass unsere Kirche selbst schrecklichen Juden Hass verbreitet hat, schon lange vor 1938, und dem Nationalsozialismus den Weg mit bereitet.“ Die Pfarrgemeinde Heilandskirche bemühe sich um eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Schuld und engagiere sich für einen neuen und freundschaftlichen Dialog zwischen Christinnen und Christen und Jüdinnen und Juden. „Die Gewalttaten der letzten Tage gegen Sie und die Synagoge stimmen uns traurig und machen uns bewusst, dass das gemeinsame Engagement gegen Antisemitismus wichtiger ist denn je.“

Laut einem Bericht der APA war Rosen am Samstagabend vor dem jüdischen Gemeindehaus von einem Unbekannten mit einem Holzprügel attackiert worden. Das habe der Sprecher des Landespolizeikommandos Steiermark, Fritz Grundnig, auf Anfrage der APA bestätigt. Rosen habe sich dabei in sein Auto flüchten können, der Täter habe daraufhin auf den Wagen eingeschlagen, ehe er die Flucht ergriffen habe. Am Sonntagabend wurde ein Tatverdächtiger festgenommen. Nach Berichten vom Dienstag, 25. August, soll der Mann die Tat gestanden haben ebenso wie Angriffe auf die Synagoge am 19. und 21. August sowie das Lokal eines LGBT-Vereins.

Tirol: Kirchenvertreter betonen Verbundenheit mit Jüdinnen und Juden

„Anfängen des Antisemitismus wachsamer entgegenzutreten“

Innsbruck, 2. September 2020 (epdÖ) Vertreterinnen und Vertreter der Tiroler Kirchen haben ihre freundschaftliche Verbundenheit zu den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern unterstrichen. Mit „großem Nachdruck“ schließe man sich den in den vergangenen Tagen geäußerten Bekundungen von Mitgefühl und Solidarität gegenüber allen Jüdinnen und Juden an, heißt es in einem an die Israelitische Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg gerichteten offenen Brief vom Donnerstag, 27. August. Über die jüngst erfolgte Beschmierung der Räume der jüdischen Gemeinde in Graz und den körperlichen Angriff auf deren Präsidenten Elie Rosen sei man „zutiefst schockiert und alarmiert“.

„Wir fordern alle Schwestern und Brüder im Glauben auf und bitten alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, wachsamer und entschiedener allen Anfängen des Antisemitismus entgegen zu treten“, schreiben die Repräsentantinnen und Repräsentanten. Den Solidari-

tätsbekundungen müsse eine „gemeinschaftliche Anstrengung“ an die Seite gestellt und „konkrete Aufklärungsmaßnahmen und Aktivitäten“ angedacht werden, die jedoch nicht politisch oder ideologisch instrumentalisiert werden dürften. „Begegnung, Austausch und Bildung sind die unverzichtbaren Wege dorthin! Wir bleiben miteinander auf dem Weg“, halten die Unterzeichner fest.

Verfasst ist der an Kultusgemeinde-Präsident Günther Lieder adressierte Brief vom Innsbrucker römisch-katholischen Diözesanbischof Hermann Glettler, dem evangelischen Superintendenten für Salzburg und Tirol, Olivier Dantine, dem Theologen Roman A. Siebenrock als Sprecher des jüdisch-christlichen Komitees Tirol und Magdalena Modler-El-Abdaoui, der Kommissionsvorsitzenden für den interkulturellen und interreligiösen Dialog in der Diözese Innsbruck.

Im christlich-jüdischen Komitee pflege man die geforderte gemeinsame Haltung bereits seit Jahren, so die Kirchenvertreter. Die Beteiligten hätten sich hier auch in ihren „Sorgen und Ängsten besser kennengelernt“ und sähen sich „durch Hochachtung, Respekt und Freundschaft sehr verbunden“. Durch die Restaurierung einer Tora-Rolle, einer konkreten Aktion seit Jahresbeginn, habe man „in ökumenischer Übereinstimmung öffentlich sichtbar gemacht, dass wir gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden in unserem Land unterwegs sind“, hieß es, und weiter: „Antisemitismus kann und darf in den christlichen Kirchen keinen Platz haben!“

Weiters sei im Komitee derzeit eine Bildungsreihe angedacht, mit der das Anliegen der Österreichischen Bundesregierung „Verantwortung für Österreich“ konkret weitergedacht werden solle: Man wolle sich „mit (neuem) Antisemitismus ganz bewusst auseinandersetzen, sich über Gegenstrategien Gedanken machen und ihn bekämpfen“, kündigen die Kirchenvertreter an.

Grazer Kreuzkirche von Unbekannten beschmiert

Betroffenheit in Gemeinde über „Respektlosigkeit“

Graz, 2. September 2020 (epdÖ) Unbekannte haben die evangelische Kreuzkirche im Grazer Bezirk Lend vergangene Woche mit Schriftzügen beschmiert. Gegenüber dem Evangelischen Pressedienst für Österreich sagte Thomas Föhse, der Kurator der Gemeinde am rechten Murer, ein Gemeindemitarbeiter habe ihn nach einem Rundgang auf die Beschmierungen beim Eingangsportal und der Westseite der Kirche aufmerksam gemacht. Am Donnerstag, 27. August, wurde Anzeige erstattet. Die Höhe des entstandenen Schadens ist derzeit noch unbekannt. Ähnliche Beschmierungen habe es schon öfters gegeben, im Jänner wurde in der Kirche eingebrochen. „Was mich so traurig macht ist, dass viele Leute

keinen Respekt mehr haben vor dem Gut des anderen und einfach nur zerstören wollen“, sagt Föhse und hält trotzdem fest: „Wir als Pfarrgemeinde fühlen uns nicht bedroht. Das Umfeld des Volksgartens kennen wir alle.“ Die Kreuzkirche liegt direkt neben dem Park, der als Drogenumschlagplatz gilt und erst 2019 zur Schutzzone erklärt worden war.

Einen Vergleich mit der Grazer Synagoge, die erst vor wenigen Tagen mit Parolen beschmiert worden war, will Ortspfarrer Paul Nitsche nicht ziehen. „Das sind keine antichristlichen Schmierereien, da muss man die Kirche im Dorf lassen. Aber eine Respektlosigkeit sind sie allemal“, gerade in Zeiten der Coronakrise, wo die Kirchen für viele Menschen ein wichtiger Rückhalt seien.

Die Kreuzkirche will jedenfalls offensiv auf die Vandalenakte reagieren. Schon in den vergangenen Jahren waren etwa im Rahmen der Langen Nacht der Kirchen in Kooperation mit Street Artists Graffiti an den Außenwänden entstanden. 2021 soll beim Eingangstor ein weiteres professionelles Graffiti folgen.

VEPPÖ-Obmann Schumann fordert „Lebbarkeit des PfarrerInnenbildes“ **Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Schlüsselpunkt**

Grundlsee, 2. September 2020 (epdÖ) Die Lebbarkeit des PfarrerInnenbildes und die entsprechende Anpassung von Strukturen und Arbeitsbedingungen fordert der Obmann des Vereins Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Österreich (VEPPÖ) Stefan Schumann. In seiner Rede auf der Hauptversammlung des VEPPÖ im steirischen Grundlsee sagte Schumann am Dienstag, 1. September: „Kann ich jemandem raten PfarrerIn zu werden? Die Frage mag jeder für sich selbst beantworten. Zumindest möchte ich immer ‚Ja‘ sagen können.“ Das hänge aber von mehreren Faktoren ab, so Schumann, etwa der Krisensicherheit des Berufs, finanziellen Rahmenbedingungen, den Ergebnisse der kirchlichen Projektgruppe „Zukunftsfähige Kirche“, sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Über die Sicherheit des Pfarrberufs in schwierigen Zeiten macht sich Schumann dabei keine Sorgen: „Unser Beruf ist krisensicher oder vielmehr ist er gerade in Krisenzeiten noch mehr gefordert, das haben wir alle gemeinsam in den vergangenen Monaten erlebt.“ Schwieriger zu beantworten sei die Frage nach der Familienfreundlichkeit des Berufs. Hier brauche es „das klare Signal kirchenleitender Verantwortlicher, dass sie hinter den jungen KollegInnen und ihren vielleicht nicht immer für die Gemeinden einfach zu akzeptierenden Entscheidungen zur Abgrenzung von Berufsleben und Privatleben stehen“. Mit Verweis auf den Schuldienst hält Schumann die uneingeschränkte Verfügbarkeit für eine Gemeinde nicht mehr für möglich. Die Vereinbarkeit von Arbeitsleben und Familie verstehe er als „neuralgischen Schlüsselpunkt, inwieweit Nachwuchs sich bereit zeigen wird, auf seine Berufung zu hören

und diesen Beruf zu ergreifen“. Auch Geld spiele dabei eine Rolle: „Auch wenn wir wissen, dass Gehaltshöhen kein unbedingter Entscheidungsfaktor für einen Beruf darstellen, muss man sein Auskommen finden können.“

Bei der Debatte um die „zukunftsfähige Kirche“ müsse die Lebbarkeit des PfarrerInnenbildes wesentlicher Bezugspunkt sein, so Schumann. Viel zu lange habe man Strukturen immer allein von den Bedürfnissen der Gemeinden her verstanden: „Das ist grundsätzlich nicht falsch, aber eben zu kurz gedacht, da auch die Bedürfnisse des geistlichen Personals in gleicher Weise und mit gleichem Gewicht mitgedacht gehören.“ Weitere Maßnahmen sollten jedenfalls immer aus der Sorge um ein „Zuwenig an Nachwuchs“ und nicht der Sorge um ein „Zuwenig an Geld“ erwogen werden.

Die Jahreshauptversammlung des VEPPÖ fand im Rahmen der jährlichen PfarrerInnentagung der evangelischen Kirchen im steirischen Grundlsee statt, die noch bis 3. September dauert. Im Zuge der Sitzung wurde Stefan Schumann als Obmann des VEPPÖ wiedergewählt. Er übt das Amt seit 1998 aus.

Schöpfungszeit: Umweltbeauftragte fordern ökologische Trendwende

Zahlreiche Veranstaltungen von 1. September bis 4. Oktober

Wien, 2. September 2020 (epdÖ) Zum Beginn der ökumenischen „Schöpfungszeit“ am 1. September haben die kirchlichen Umweltbeauftragten daran erinnert, dass es „höchste Zeit“ sei, „konsequent ökologisch zu handeln“. Die Umweltbeauftragten wollten in der Schöpfungszeit, die 1989 zunächst aus einer Initiative der Orthodoxen Kirche zur Bewahrung der Schöpfung entstanden ist, ein besonderes Augenmerk auf das Thema „Schöpfungsgerechtigkeit“ legen, wie deren Sprecher Markus Gerhartinger gegenüber der römisch-katholischen Nachrichtenagentur Kathpress betonte. Die Dringlichkeit eines ökologischen Paradigmenwechsels unterstreicht Gerhartinger mit dem Hinweis auf die steigende CO₂-Belastung. Eine Trendumkehr sei hier noch längst nicht geschafft, es brauche „ambitionierte Schritte von allen“ – den Einzelnen, vor allem aber von den Wirtschaftstreibenden und den politischen Entscheidungsträgern: „Sie haben es in der Hand, für die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sorgen.“ Gerhartinger empfiehlt, Förderungen an die Einhaltung ökologischer Kriterien zu knüpfen, als eine Chance, den dringend nötigen Wandel voranzutreiben.

Auch der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka ruft zum dringenden Handeln auf: „Die Maßnahmen gegen den Klimawandel dürfen angesichts der Corona-Pandemie nicht vergessen werden. Denn der wissenschaftliche Erkenntnisstand liegt auf der Hand. Wir wissen, was wir tun müssen, um einer Klimakatastrophe zu entgehen.“ Jetzt gehe es darum, ein breites Bewusstsein dafür zu schaffen. Denn: „Nur wenn die Botschaft in den Herzen

ankommt, haben wir eine gute Grundlage, die notwendigen Maßnahmen schnell und erfolgreich umzusetzen.“ Aus der Coronakrise habe man gelernt, „dass wir gemeinsam im Sinne zukünftiger Generationen auch schwere Aufgaben stemmen können“, so der evangelische Bischof.

Der römisch-katholische St. Pöltner Bischof Alois Schwarz, Referatsbischof für Umwelt in der Österreichischen Bischofskonferenz, betont, die Schöpfung sei ein Geschenk Gottes an alle Geschöpfe: „Der Auftrag an uns Menschen ist, sie zu behüten.“ Die Schöpfungszeit sei Aufruf und Bestärkung, „achtsam und dankbar“ für diese Gabe Gottes zu sein und sich die Verbundenheit mit allem Geschaffenen wieder ins Bewusstsein zu rufen, so Schwarz.

Wien: Ökumenischer Gottesdienst im Freien

Im Verlauf der Schöpfungszeit, die bis 4. Oktober dauert, finden österreichweit zahlreiche kirchliche und ökumenische Veranstaltungen statt. Liturgischer Höhepunkt ist traditionell der „Gottesdienst in der Schöpfungszeit“ des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ). Diese Feier findet heuer coronabedingt im Freien statt: Am Samstag, 12. September, lädt der ÖRKÖ ab 15 Uhr zu einer Wanderung durch die Wiener Weinberge. Ausgangspunkt ist Nussdorf. Liturgische Impulse gibt es vom evangelischen Bischof Michael Chalupka. Ein kurzer ökumenischer Gottesdienst, u.a. mit Chalupka und dem ÖRKÖ-Vorsitzenden Domdekan Rudolf Prokschi, beschließt die Wanderung. Details würden laut ÖRKÖ-Pressesprecher Erich Leitenberger zeitnah auf der Website des ÖRKÖ (www.oekumene.at) veröffentlicht.

Die kirchlichen Umweltbeauftragten wollen in der Schöpfungszeit auf ihrer Website www.schoepfung.at täglich Best-Practice-Beispiele aus Pfarrgemeinden und kirchlichen Einrichtungen teilen, die sich mit der Bewahrung der Schöpfung auseinandersetzen. In der europäischen Mobilitätswoche vom 16. bis zum 22. September startet wie in den vergangenen Jahren die Initiative „Wir radln in die Kirche“, die zum Autoverzicht aufruft. Und am 25. September werden zahlreiche kirchliche Organisationen am globalen Klimastreik der Bewegung „Fridays for Future“ teilnehmen.

Sozialhilfe: Diakonie nimmt Bund und Länder in die Pflicht

Beschwerde vor Verfassungsgerichtshof

Wien, 2. September 2020 (epdÖ) Eine österreichweite Sanierung des Sozialhilfegesetzes hat die Diakonie gefordert. Mittlerweile würden die „katastrophalen Folgen“ der neuen Sozialhilfe sichtbar, schreibt die Diakonie in einer Aussendung vom Donnerstag, 27. August. Die Neuregelung der Mindestsicherung war unter der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossen worden, die Umsetzung in den Bundesländern fiel unterschiedlich aus. Menschen mit huma-

nitärem Bleiberecht, so die Diakonie, fielen etwa in Niederösterreich aus der Sozialhilfe und würden so „in eine inhumane Situation“ gedrängt. Unter den Betroffenen finden sich nach Angaben der Diakonie viele schwerkranke und nicht arbeitsfähige Personen, die keine Möglichkeit haben, einer Arbeit nachzugehen oder von Verwandten oder Freunden unterstützt zu werden. Zudem würden einige Bundesländer die so wichtigen „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ einstellen. Damit fiel jede Unterstützung weg. Mittelfristiges Ziel müsse eine bundesweite Lösung sein, bis dahin sind aber die Bundesländer gefordert: „Die Länder haben Spielräume, zusätzliche Regelungen zu treffen. Diese müssen sie nützen“, so Diakoniedirektorin Maria Katharina Moser. Beschwerden lägen derzeit auch beim Verfassungsgerichtshof.

„Niemand kann wollen, dass Menschen in unserem Land ohne jede Existenzsicherung bleiben“, so Moser weiter. Männer, Frauen und Kinder hätten plötzlich keine Existenzsicherung und keine Krankenversicherung mehr. „Es gibt keine andere Alternative als das Sozialhilfe-Grundsatz-Gesetz zu sanieren.“ Da die Betroffenen aber sofort Geld für das Nötigste brauchen, müssten in den Ländern sofort Lösungen und Auswege für Existenzgefährdete gefunden werden. Die Corona-Krise zeige die Notwendigkeit einer guten Mindestsicherung auf, da sich soziale Probleme noch verschärften.

Diakonie warnt vor „Chancetod“ für armutsgefährdete Kinder

Schenk: „Die Krise zeigt, wie wichtig jetzt eine gute Mindestsicherung wäre“

Wien, 2. September 2020 (epdÖ) Vor einem Startnachteil für Kinder aus einkommensarmen Familien warnt Diakonie-Sozialexperte Martin Schenk zum Schulanfang. „Die Krise zeigt, wie wichtig jetzt eine gute Mindestsicherung wäre, statt der schlechten Sozialhilfe, die Menschen in Existenznöten und Notsituationen nicht trägt“, geht Schenk in einer Aussendung mit der Bundesregierung ins Gericht. Er spricht von einem „programmierten Chancetod“. Mit der Abschaffung der Mindestsicherung werde Gegenwart und Zukunft betroffener Kinder noch weiter verschlechtert. „Damit Zukunft nicht von der Herkunft abhängt, braucht es Hilfestellungen am Schulstart genauso wie einen Bildungsweg, der nicht sozial selektiert, sondern individuell fördert“, betont Schenk.

„Wichtig wäre auch, Schulen in sozial benachteiligten Bezirken besonders gut auszustatten, damit sie keine Schülerinnen und Schüler zurücklassen und für alle Einkommensschichten attraktiv bleiben“, schlägt Schenk die Umsetzung eines „Chancenindex“ vor, der Schulen in „Problemgebieten“ mehr Ressourcen zuweist. Die Niederlande, Zürich, Hamburg und auch Kanada hätten mit einem solchen Chancenindex, der unter anderem Bildungsstand, Beruf und Einkommen der Eltern umfasst, gute Erfahrungen gemacht. Jeder Standort müsse da-

bei aber ein Konzept entwickeln, wie er die Ressourcen am sinnvollsten einsetzt. Zudem brauche es regelmäßige Evaluation.

Nach den Angaben der Diakonie leben 300.000 Kinder und Jugendliche in einkommensarmen Haushalten. Eltern klagten über die oft nicht mehr leistbaren Beiträge, die ihnen zu Schulbeginn abverlangt würden. Mit Schulsachen und Beiträgen für Kopierkosten, Milchgeld, Abos für Jugendliteratur, Projekt- und Wandertage, Elternvereinsbeiträge und vielem mehr, käme man auf 855 Euro Gesamtausgaben pro Schulkind, rechnet die Diakonie unter Berufung auf Zahlen der Arbeiterkammer Wien vor.

Aktion Schulanfang: Schulsachen für Kinder armer Eltern

Spendenkennwort: „Hilfe für den Schulanfang“

Diakonie Erste Bank

IBAN: AT07 2011 1800 8048 8500

BIC: GIBAATWWXXX

Schnizlein: „Verzeihen ist die Quintessenz des christlichen Glaubens“

Polnischer Film „Corpus Christi“ hinterfragt Verbrechen und Strafe

Wien, 2. September 2020 (epdÖ) Ein junger Mann wird aus der Haft entlassen. Er will seinem Lebenstraum folgen, Priester zu werden – kann das aber wegen seiner Vorstrafe nur, indem er sich als solcher ausgibt: In seinem mehrfach prämierten Spielfilm „Corpus Christi“ stellt der polnische Regisseur Jan Komasa die Frage, wer für oder von Gott sprechen darf und wie eine Gesellschaft mit Schuld und Vergebung, Verbrechen und Strafe umgeht (Der Evangelische Pressedienst berichtete vorab: <https://evang.at/neuer-film-fragt-nach-priestertum-aller-glaebigen/>). Dem ging eine Podiumsdiskussion im Anschluss an eine Sondervorführung des Streifens am Montag, 31. August, im Wiener Stadtkino nach. Einig zeigten sich die evangelische Pfarrerin Julia Schnizlein und Andreas Zembaty vom Bewährungshilfeverein „Neustart“ im Gespräch mit Moderatorin Julia Preinerstorfer vor allem darüber, dass Täter von Verbrechen nicht nur Strafe, sondern auch Empathie und Zuwendung benötigten: „Zu verzeihen, so wie es Jesus Christus am Kreuz getan hat, ist die Quintessenz des christlichen Glaubens“, betonte Schnizlein und erinnerte daran, dass sich Jesus gerade denen zugewendet habe, die am Rande der Gesellschaft standen: „Auf Sünder zuzugehen ist unser Kernelement.“

Zembaty: „Empathie ist ein Instrument der Veränderung“

Aus der Erfahrung des Bewährungshelfers stimmte Zembaty zu: Auf Verbrecher zuzugehen sei „kein utopischer Anspruch“. Vielmehr sei eine Gesellschaft genau zu dieser Zuwendung

verpflichtet: Wenn sie ihre Antwort auf ein Verbrechen auf bloße Strafe reduziere, „wird sie auf fatale Weise mitschuldig sein an weiteren Opfern“. Mehr als die Hälfte aller Täter, die ohne Bewährungshilfe auskommen müssen, würden rückfällig – bei erfolgreicher Beziehungsarbeit in Resozialisierungsprogrammen aber gelinge es bei mehr als zwei Dritteln, Rückfälle über mindestens fünf Jahre zu vermeiden.

In der Bewährungshilfe sei Empathie ein „Instrument der Veränderung“. Damit die Täter jedoch selbst Empathie mit dem Opferleid entwickeln und so in einen Veränderungsprozess eintreten könnten, brauche es erst die Entwicklung von Empathie sich selbst gegenüber. „Was wir heute sind, sind wir nicht durch Strafe, sondern weil wir gelernt haben, was gut an uns ist. Es stellt sich aber oft heraus, dass viele Klienten das nie gelernt haben.“ Zembaty äußerte dabei direkte Kritik an einem Justizsystem, in dem die Frage nach den möglichen Folgen einer Haftstrafe – auch unter einem gesellschaftlichen Sicherheitsaspekt – nicht ausreichend gestellt würde.

Wer darf von Gott sprechen?

Im polnischen römisch-katholischen Kontext von Corpus Christi ist Protagonist Daniel durch seine Haftstrafe von der Aufnahme ins Priesterseminar ausgeschlossen. Angesichts des Erfolgs, den der „falsche Priester“ in seiner Gemeinde verbucht, drängt der Film allerdings die Frage auf, ob es die formale Befugnis des Priesteramts überhaupt braucht, um von Gott zu sprechen. Julia Schnizlein, nach einem Jahr als Pfarramtskandidatin seit 1. September Pfarrerin in der Wiener lutherischen Stadtkirche, rekurrierte in ihrer Antwort auf die evangelische Tradition: „Jeder darf von Gott sprechen, wir brauchen keinen Mittelsmann.“ Durch die Beauftragung Maria von Magdalas durch Jesus nach seiner Auferstehung sowie durch Luthers Lehre vom „Priestertum aller Getauften“ sei für sie klar, dass das ebenso für Frauen gelte. Gleichwohl hätte es nach Luther noch mehr als viereinhalb Jahrhunderte gedauert, ehe ihnen das Pfarramt offen stand. Erst 1980 erfolgte die völlige Gleichstellung mit männlichen Kollegen.

Bilanz nach drei Jahren: 134.000 Tafeln Kindernothilfe-Schokoladen verkauft

Erlös geht an Projekt für Kinderarbeiter in Peru

Wien/Riegersburg/Cajamarca, 2. September 2020 (epdÖ) Drei Jahre lang ist die Kooperation der evangelischen Kindernothilfe mit der oststeirischen Schokoladenmanufaktur Zotter gelaufen. Insgesamt gingen dabei 134.000 Tafeln unter dem Label „Schokolade macht Schule“ über die Ladentische. 50 Cent pro Tafel erhielt dabei die Kindernothilfe – ein

Erlös von 67.000 Euro, der in ein Bildungsprojekt für Kinderarbeiter in Peru floss. Das teilte die NGO zum Abschluss des Projekts am Montag, 31. August, in einer Aussendung mit.

„Bildung ist der sicherste Ausweg aus Armut und Ausbeutung“, wird darin Chocolatier Josef Zotter zitiert. „Drei Jahre lang haben wir mit der Sorte ‚Schokolade macht Schule‘ die arbeitenden Kinder in Peru unterstützt. Damit sie eine Schulbildung erhalten und aus der ausbeuterischen Kinderarbeit aussteigen können.“ Das Ergebnis sei überwältigend und erfülle ihn mit Dankbarkeit und Demut. Julia Zotter, die älteste Tochter des Schokoladenmachers, hat selbst das Kindernothilfe-Projekt in Peru besucht um sich ein Bild zu machen, und erzählte nach ihrem Aufenthalt vor Ort: „Es ist schön zu sehen, mit welcher Leidenschaft die Projektmitarbeiter eine Umgebung schaffen, in der die Kinder unbeschwert sein und in die Schule gehen können. Man kann hier wirklich etwas erreichen.“

Kurznachrichten

Mag.a Ulrike **Stroh**, evangelische Theologin, Initiatorin der „Licht-Klause“, Leiterin für Meditation und Autorin mehrerer Bücher, ist am 21. August im 81. Lebensjahr verstorben. Der Dankgottesdienst und die Beerdigung fanden am 27. August in Deutschfeistritz statt.

Veranstaltungskalender

- 11.9. 19 Uhr, Geistliche Abendmusik: „Lufthoheit“ (Michael Novak – Orgel, Nord C1, Adalbert Tölgyes – Saxophone, Klarinette & Verfremdungen).
9500 Villach, Kirche im Stadtpark, Wilhelm Hohenheim-Str. 3
- 11.9.-28.9. 19 Uhr, „Kosmos im Licht“, Vernissage von Herbert Wiedergut
9500 Villach, Galerie im Markushof, Superintendentur, Italiener Str. 38
- 12.9. 15 Uhr, ÖRKÖ- Wanderung durch die Wiener Weinberge
Treffpunkt: Nussdorf, Nähere Informationen: www.oekumene.at
- 13.9. 15 Uhr, Ordination von Julia Schnizlein-Riedler durch Bischof Michael Chalupka und Amtseinführung durch Senior Michael Wolf, anschließend kurzer Empfang
1010 Wien, Lutherischen Stadtkirche, Dorotheergasse 18
- 13.9. 15 Uhr, „Über alles aber zieht an die Liebe, die da ist das Band der Vollkommenheit“, Amtseinführung von Pfarrer Lubomir Batka durch Superintendent Matthias Geist. Anschließend Empfang.
Um Anmeldung wird gebeten: pfarrbuero@evang-liesing.at
1230 Wien, Johanneskirche, Dr.-Andreas-Zailer-Gasse 10
- 15.9. 19 Uhr, „Wie hältst du’s mit der Religion? Evangelische in Österreichs Streitkräften“, Vortrag von Christoph Hatschek und „Evangelische in Streitkräften und Gesellschaft – Eine Kulturgeschichte von der Habsburger-Herrschaft bis zur Demokratie“, Buchpräsentation mit dem Autor Militärsuperintendent Karl-Reinhart Trauner
1010 Wien, Offiziersgesellschaft Wien, Schwarzenbergplatz 1

Ausland

Corona: Weltkirchenrat und Vatikan rufen zu Solidarität auf

Genf, 2. September 2020 (epd) Der Weltkirchenrat (WCC) und die römisch-katholische Kirche haben angesichts der Verheerungen der Corona-Pandemie die Menschen zu verstärkter Solidarität aufgerufen. Die Krankheit Covid-19 stelle die Mitglieder der menschlichen Familie vor die einzigartige Aufforderung, einander zu beschützen und zu heilen, erklärte der Interims-Generalsekretär des WCC, Ioan Sauca, am Donnerstag, 27. August, in Genf. Der WCC und der Päpstliche Rat für den interreligiösen Dialog veröffentlichten gemeinsam das Schriftstück „Interreligiöse Solidarität zum Dienst einer verwundeten Welt: Ein christlicher Aufruf zu Reflektion und Handeln während der Corona-Krise und darüber hinaus“. Es solle Kirchen und christliche Organisationen anregen, über die Bedeutsamkeit von Solidarität zwischen den Religionen in einer durch die Pandemie verwundeten Welt nachzudenken. Das Schriftstück biete Empfehlungen an, wie sich das Nachdenken über Solidarität in konkrete und glaubwürdige Taten umsetzen lasse.

Bischof Meister: Sterbehilfe in kirchlichen Einrichtungen denkbar

Hannover, 2. September 2020 (epd) Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister kann sich Sterbehilfe auch in kirchlichen Einrichtungen vorstellen. „Wir diskutieren diese Ausnahmesituation zurzeit innerhalb der Kirche. Auch strittig“, sagte der evangelische Bischof dem Magazin „Christ & Welt“, das der Wochenzeitung „Die Zeit“ beiliegt (Ausgabe vom 27. August). Wenn ein Mensch sterben wolle und die Unterstützung von Dritten wünsche, müsse das ernst genommen werden, sagte Meister. „Natürlich wünsche ich mir, dass er von seinem Vorhaben Abstand nimmt. Aber wenn das nicht geschieht, muss ich ihm beistehen, auch in der Phase des Suizids. Warum sollte die Kirche das einem Sterbehilfeverein überlassen?“ Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar das seit 2015 geltende Verbot organisierter Hilfe beim Suizid gekippt. Das Gesetz sei verfassungswidrig, weil es das allgemeine Persönlichkeitsrecht einschränke, urteilten die Karlsruher Richter. Entgegen einer gemeinsamen kritischen Stellungnahme der Spitzen der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hatte Meister das Urteil begrüßt, weil es zeige, dass die Würde des Menschen auch dessen Selbstbestimmungsrecht beinhalte. Jegliche kommerzialisierte Form der Sterbehilfe lehne er ab. Zudem müssten gesellschaftlicher Druck und psychische Erkrankungen, insbesondere Depressionen, ausgeschlossen sein.

„I have a dream“-Jahrestag: Tausende demonstrieren in Washington

Washington, 2. September 2020 (epd) Zum 57. Jahrestag der historischen „I have a dream“-Rede des schwarzen Bürgerrechtlers Martin Luther King haben sich in Washington tausende Menschen gegen Polizeiwillkür versammelt. Angehörige afroamerikanischer Opfer tödlicher Polizeigewalt führten die Kundgebung am Freitag, 28. August, an. Nötig seien radikale Veränderungen, betonte Aktivist Frank Nitty, der mit einer Gruppe von Demonstranten mehr als tausend Kilometer zu Fuß nach Washington marschiert war. Sein Enkelkind solle einmal nicht gegen Polizeibrutalität protestieren müssen. Die demokratische Kongressabgeordnete Ayanna Pressley betonte, die Bewegung für Veränderung sei stark in den USA. Auf der Kundgebung sollte auch die demokratische Kandidatin für das Vizepräsidentenamt, Kamala Harris, sprechen. Der Demonstrationslogan „Get Your Knee Off Our Necks“ (Nehmt Euer Knie von unseren Hälsen) bezog sich auf den Tod des Afroamerikaners George Floyd. Der 46-Jährige war am 25. Mai in Minneapolis (Bundesstaat Minnesota) von einem weißen Polizisten getötet worden. Der Beamte drückte sein Knie minutenlang auf den Hals des in Handschellen am Boden liegenden Mannes. King hatte 1963 bei einer Demonstration für „Jobs und Freiheit“ in einer bewegende Ansprache gesagt, er träume von einem Amerika ohne Rassismus. Redner verurteilten schon damals Polizeibrutalität.

Im Bild



Die digitale Kirche wächst seit Jahren – und hat heuer nicht zuletzt wegen der Coronakrise noch einmal einen Schub zugelegt. Aber was gibt es da überhaupt zu entdecken? Und wohin geht die Reise der Kirche, die doch Halt geben will, in einer digitalen Welt, die sich von Tag zu Tag zu verändern scheint? Die Redaktion der SAAT verschafft Ihnen in der aktuellen September-Ausgabe einen kleinen Überblick. Zudem lesen Sie vom ersten evangelischen Urnenwald Österreichs in Ternitz und über die Zukunft des Religionsunterrichts. Die evangelische Zeitung SAAT können Sie online unter shop.evangel.at um 30 Euro im Jahr abonnieren.

epd

Evangelischer Pressedienst für Österreich